

# Rwandas Regierung soll vor spanisches Tribunal

Die rwandische Regierung verbittet sich jegliche internationale Kritik – meist mit Erfolg. Jetzt aber wird das Regime wegen Kriegsverbrechen vor die spanische Justiz gezogen.

**Markus M. Haefliger**

Eine private Gruppe von Menschenrechtsaktivisten will am kommenden Dienstag vor dem obersten spanischen Strafgericht (Audiencia Nacional) mehrere Klagen gegen hohe Offiziere der rwandischen Armee deponieren, wie aus einem Communiqué der Gruppe hervorgeht. Laut Jordi Palou-Loverdos, dem Rechtsvertreter des «Forum International pour la Vérité et la Justice dans l'Afrique des Grands Lacs», werden die Offiziere – unter ihnen der jetzige rwandische Generalstabschef – und ihre politischen Vorgesetzten wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zwischen 1994 und 2002 angeklagt.

Das oberste Strafgericht in Madrid ist dieselbe Kammer, die wegen ihrer Ermittlungen gegen den früheren chilenischen Diktator Pinochet und die ehemalige argentinische Militärjunta internationale Bedeutung erlangt hat. Falls das Tribunal die Anklage gegen die rwandischen Militärs entgegennimmt, müssten sich Vertreter des Regimes in Kigali zum ersten Mal wegen der erwähnten Verbrechen vor einem internationalen Gericht verantworten. Ähnlich lautende Anklagen vor dem Uno-Tribunal zur Ahndung des rwandischen Völkermords in Arusha sind im Sande verlaufen. Ausserdem ermittelt in Paris der Untersuchungsrichter Jean-Louis Bruguière, Frankreichs oberster Anti-Terrorismus-Fahnder, gegen Präsident Kagame und Konsorten. Doch trotz den acht Jahre dauernden Ermittlungen steht eine formelle Anklageerhebung noch immer aus. Das Pariser Dossier ist besonders brisant, weil es die Urheberschaft am Mord an dem ehemaligen Hutu-Präsidenten Habyarimana betrifft. Habyarimanas Flugzeug wurde im April 1994 von einer Rakete getroffen und stürzte ab; das Attentat war das Fanal für den Völkermord an den Tutsi, dem rund 800 000 Rwander zum Opfer fielen.

Kagames Front patriotique rwandais (FPR), der 1994 an die Macht kam, sieht sich als Vertreter der Opfer des Genozids und bestreitet jegliche Mitverantwortung daran, wie auch an Kriegsverbrechen während der Bürgerkriege im rwandisch-kongolesischen Krisengebiet. Kagame sucht sämtliche juristischen Schritte gegen den FPR zu hintertreiben. Im Fall des Uno-Tribunals hat Kigali die interna-

tionale Justiz behindert, während sich Paris wegen der Verwicklung mit dem früheren Habyarimana-Regime permanentem moralischem und diplomatischem Druck ausgesetzt sieht.

Im Falle Spaniens dürfte es Kagame schwer fallen, eine Anklage in seinem Sinne zu politisieren. Madrid steht nicht im Ruch, je in Rwanda Sonderinteressen verfolgt zu haben. Laut Palou-Loverdos wird in drei Richtungen gegen das rwandische Regime geklagt: wegen der Ermordung von neun spanischen Missionaren, die zwischen 1994 und 2000 von FPR-Einheiten umgebracht worden sein sollen; wegen Massakern an Rwandern und Kongolesen während der rwandischen Kriegszüge im benachbarten Kongo-Kinshasa; sowie gegen internationale Unternehmen wegen Kriegsplünderung in Kongo-Kinshasa.

Palou-Loverdos' Gruppe hat während vier Jahren Dokumente und Zeugenaussagen gesammelt. Sie kann sich laut eigenen Angaben nicht nur auf die Aussagen von Opfern und Augenzeugen stützen, sondern auch auf mehrere Mitglieder ehemaliger Eliteeinheiten des FPR, die an den Verbrechen beteiligt waren und sich in Europa im Exil befinden. Einige dieser Leute sollen dem Vernehmen nach auch den Ermittlungen des Untersuchungsrichters Bruguière zur Verfügung stehen.